

**Bruchköbeler BürgerBund - Fraktion**

Kurt-Schumacher-Ring 15 • D-63486 Bruchköbel

Bruchköbel, den 17.11.2017

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Guido Rötzer  
Hauptstraße 32

**D-63486 Bruchköbel**

**Antrag:  
Streichung Security-Kosten Unterbringung Asylbewerber**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Rötzer,

die Fraktion Bruchköbeler BürgerBund - (BBB) in der Stadtverordnetenversammlung bittet Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses sowie zur anschließenden Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 2018 zu setzen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Im Budget 05315500 „Unterbringung der Asylbewerber“ sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 240.000,00 Euro zu reduzieren.**

**Begründung:**

Da die für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen entstehenden Kosten entgegen erster Ankündigungen nicht vollständig durch den Main-Kinzig-Kreis erstattet werden, sind seit 2015 Defizite für diese Aufgabe, für die die Stadt Bruchköbel nicht zuständig ist, zum Teil in Höhe von bis zu 70.000,00 Euro monatlich entstanden. Dies wurde auf einen Aufwand von ca.20.000,00 Euro pro Monat reduziert. Angesichts der angespannten Finanzlage müssen freiwillige Leistungen konsequent auf ihr Notwendigkeit und Nachhaltigkeit überprüft werden. Um keine weiteren Defizite zu produzieren, ist der Sicherheitsdienst unverzüglich zum 01.01.2018 zu kündigen und die dafür geplanten Mittel im Budget 05315500 „Unterbringung der Asylbewerber“ zu streichen. Zahlreiche Nachbarkommunen kommen ohne den Einsatz von Security-Diensten aus. Für Bruchköbel ist keine besondere Situation ersichtlich, aufgrund derer ein ständiger Security-Dienst zwingend erforderlich wäre. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist Aufgabe des Landes Hessen und nicht der Stadt Bruchköbel.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Rabold  
BBB-Fraktionsvorsitzender